

Argumentationspapier zum Euro-Stabilisierungspaket

Der Deutsche Bundestag hat heute mit den Stimmen von CDU/CSU, FDP und Grünen Garantien für Finanzhilfen für Griechenland beschlossen. Die international vereinbarten Maßnahmen der Euro-Staaten, des internationalen Währungsfonds, der Europäischen Kommission und der Europäischen Zentralbank zur Stabilisierung des Euro sind zum heutigen Zeitpunkt alternativlos. Die Hilfen sichern die Zahlungsfähigkeit Griechenlands, nur so kann sich die Situation an den Finanzmärkten wieder entspannen.

In der aktuellen Krise geht es im Kern um die Zukunft des Euro und die Stabilität der Europäischen Union. Die drohende Zahlungsunfähigkeit Griechenlands hätte unabsehbare Folgen für unsere gemeinsame Währung. Ein Überspringen der Krise auf andere Länder Europas muss unter allen Umständen vermieden werden. Unsere Währung, der Euro, darf nicht zum Spielball von Spekulanten werden.

Deutschland braucht den Euro – ebenso wie Europa. Der gemeinsame Währungsraum hat wirtschaftlichen Erfolg und Stabilität gebracht und sich gerade in der Wirtschafts- und Finanzkrise bewährt. Kein Land Europas hat so von der Euroeinführung profitiert wie Deutschland. Zwei Drittel unserer Exporte gehen nach Europa, im Handel mit unseren europäischen Partner erwirtschaften wir unseren Wohlstand. Dieser Wohlstand darf nicht aufs Spiel gesetzt werden.

Es ist die Situation der Ultima Ratio eingetreten; Hilfen – das haben wir immer wieder betont – sind das letzte Mittel. Deutschland garantiert jetzt für Kredite an Griechenland, Steuergelder fließen dabei nicht, der Haushalt der Bundesrepublik ist von den Garantien nicht betroffen. Es wird allerdings kein Blankoscheck für Hilfen ausgestellt. Grundvoraussetzung ist ein strenger Sanierungskurs der Griechen. Die international vereinbarten Maßnahmen sehen einen strikten Sparkurs und strukturelle Reformen vor, mit denen das Land schrittweise seine öffentlichen Finanzen wieder stabilisieren und die Wettbewerbsfähigkeit seiner Wirtschaft verbessern soll. Wir werden die Vereinbarungen streng überwachen. Werden die Bemühungen nicht ernsthaft verfolgt, kann Griechenland nicht länger auf die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft zählen. Das haben wir im Gesetz klar verankert.

Die Unterstützung ist ein Ausnahmefall, der nicht in einen Mechanismus für notleidende Staaten führt. Wir werden es nicht zulassen, dass aus der erfolgreichen Währungsunion eine Transferunion wird. Deshalb haben die Koalitionsfraktionen mit einem Entschließungsantrag dafür gesorgt, dass neben der Krisenbewältigung jetzt sofort auch die Krisenprävention auf der Tagesordnung steht.

Auf Initiative der FDP hat die Koalition heute im Deutschen Bundestag in einem Entschließungsantrag konkrete Maßnahmen für die Vermeidung ähnlicher Krisen in der Zukunft beschlossen. Wir geben damit der Bundesregierung einen klaren Auftrag, Präventions- und Sanktionsmöglichkeiten auf europäischer Ebene umzusetzen.

Kern der Präventionsmaßnahmen muss die Stärkung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes sein. Die Aufweichung der Stabilitätskriterien unter der rot-grünen Bundesregierung war ein entscheidender Fehler, in dessen Folge letztendlich der Euro in Gefahr geraten ist. Notwendig ist eine effektivere Überwachung der Haushalts- und Finanzpolitiken der Mitgliedsstaaten durch unabhängige europäische Institutionen. Die Sanktionen gegen Sünder müssen beispielsweise mit der Sperrung von EU-Zahlungen und der Suspendierung der Stimmrechte verschärft werden. Sanktionen sollen soweit möglich automatisch ausgelöst werden, die politische Einflussnahme gegen Sanktionen soll begrenzt werden. Für den Fall der drohenden Zahlungsunfähigkeit muss die geordnete Insolvenz eines Euro-Staates möglich sein, bei der die Gläubiger auf einen Teil ihrer Forderungen verzichten müssen (Umschuldung).

Die aktuelle Krise hat verdeutlicht, dass im Finanzmarktsystem Änderungen dringend erforderlich sind, um dessen Krisenresistenz zu stärken. Vor allem Spekulationen gegen einzelne Länder und Währungen müssen zukünftig unterbunden werden. Kein Finanzmarkt und kein Finanzmarktprodukt dürfen ohne Regulierung, Aufsicht und Haftung bleiben. Mit der Schaffung einer unabhängigen europäischen Rating-Agentur und der Regulierung bestehender Rating-Agenturen sollen Ratings vollständig transparent gemacht werden. Damit soll bspw. künftig ausgeschlossen werden, dass Beraten und Bewerten in einer Hand liegen.

Für die FDP gilt, wer Verantwortung trägt, wird auch zur Verantwortung gezogen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Verursacher einer Krise, die Spekulanten und Gläubiger ihren Teil an der Bewältigung tragen. Wir begrüßen den angekündigten freiwilligen Beitrag der Finanzbranche bei den Hilfen für Griechenland. Das ist ein erster Schritt, aber nicht der letzte, den die Finanzbranche gehen muss. Mit der Einführung einer risikobezogenen Bankenabgabe wird der Finanzsektor selbst Vorsorge für zukünftige Krisen treffen müssen.

Kein Abgeordneter der FDP hat sich die Zustimmung zu den Griechenlandhilfen leicht gemacht. Im Bewusstsein der Verantwortung für Deutschland, seine Bürger und seine Wirtschaft haben wir eine Entscheidung für die Stabilität und die Zukunft des Euro getroffen. Damit haben wir sofort Maßnahmen eingefordert und über die Bundesregierung auf den Weg gebracht, die zukünftig diese Bedrohungen für unsere Währungsstabilität vermeiden sollen.

Im Zusammenhang mit den Hilfen zur Sicherung der Finanzstabilität in der Euro-Zone sind eine Reihe von weiteren Fragen aufgetreten. Detaillierte Antworten auf diese Fragen, die Sie sich oder andere Ihnen vielleicht stellen, finden Sie im Anhang.